

Der Bund

Montag, 24.11.2003, Ausgabe-Nr. 274, Ressort Schweiz

Einbürgerung als zentrales Thema

Rund 180 Migrantinnen und Migranten haben am Samstag in Aarau im ersten Migrantinnen- und Migrantenparlament der Schweiz ihre politischen Forderungen formuliert. Verabschiedet wurden drei Resolutionen zu Bildung, Einbürgerungen und politischen Rechten.

Zu den zentralen Anliegen der Migranten, die im Aargau leben und arbeiten, gehört der Rechtsanspruch auf Einbürgerung. Neben einem Beschwerderecht bei negativen Entscheidungen werden in einer Resolution automatische Einbürgerungen der zweiten und dritten Generation sowie einheitliche Einbürgerungsverfahren angeregt. Die «massiven Unterschiede» bei den Einbürgerungsverfahren seien nicht akzeptabel, wurde kritisiert. Dass staatliche Grundrechte nicht verhandelbar seien, werde von den Migranten akzeptiert. Ebenso wichtig sei es jedoch, dass sie darauf vertrauen könnten, dass die Einbürgerungsrechte nicht willkürlich ausgelegt würden. Als grosses Hindernis auf dem Weg zur Integration wurde im Weiteren das fehlende Stimm- und Wahlrecht in Gemeinden und Kanton erkannt. Die politische Gleichstellung sei neben der erleichterten Einbürgerung das entscheidende Grundproblem der Integration. Ohne politische Gleichstellung bleibe die Integration ein Mythos. Gewünscht wird ferner eine bessere Integration von Ausländerkindern in der Schule durch Förderung der deutschen Sprache sowie integrative Schulungsformen, Tageshorte und Tagesschulen. Kleinklassen, die vornehmlich von Ausländerkindern besucht würden, trügen wenig zur Integration bei, hiess es. Der Vorsteher des Departements des Innern, Regierungsrat Kurt Wernli, bezeichnete die Sprachförderung als eine vordringliche Aufgabe von Schule und Gesellschaft. «Nur wenn wir uns verstehen, können wir uns auch gegenseitig verstehen.»

Eine «Pioniertat»

Durchgeführt wurde das Migrantinnen- und Migrantenparlament im Rahmen des Kantonsjubiläums «200 Jahre Aargau». Wernli bezeichnete den Anlass als «Pioniertat». Sie sei tief beeindruckt von der Offenheit, Klarheit und Ehrlichkeit, mit der Migrantinnen und Migranten ihre Wünsche, Forderungen sowie ihre Vorstellungen vom Zusammenleben dargelegt hätten, sagte Grossratspräsidentin Barbara Roth. (sda)